

Lärmschutzwand soll Ende 2021 stehen

Voraussetzung für den Lückenschluss in Grambke ist die Bereitstellung von 1,5 Millionen Euro im Haushalt



Sollte die Lücke in der Lärmschutzwand an der Grönlandstraße bis Ende 2021 tatsächlich geschlossen werden, wäre das nach Jahren endlich ein Erfolg für die Anwohner der viel befahrenen Bahnstrecke und auch für den Beirat Burglesum. Sie kämpfen seit Jahren dafür.

VON JULIA LADEBECK

Grambke. Ruhe an der Bahnstrecke. Ende 2021 könnte es für die Anwohner an der Grönlandstraße endlich soweit sein. Wenn alles läuft, wie aktuell geplant, ist dann die Lücke in der Lärmschutzwand in Grambke geschlossen – vorausgesetzt im Haushalt 2020/2021 werden 1,5 Millionen Euro für den Bau bereitgestellt. Die 500 000 Euro Fördermittel aus dem kommunalen Investitionsförderprogramm des Bundes werden nach Angaben von Michael Bürger, der im Referat Immissionsschutz der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau arbeitet, für den Lückenschluss nämlich nicht reichen. Insgesamt werden zwei Millionen Euro benötigt.

Die Bürgerschaft wird den Haushalt voraussichtlich erst im Sommer 2020 beschließen. Die Zeit bis dahin soll aber genutzt und mit den Planungen für den Bau begonnen werden, sagt Bürger. Das ist möglich, weil die Fördermittel des Bundes bereits seit einiger Zeit zur Verfügung stehen. „Das Baugenehmigungsverfahren kann also schon eingeleitet werden.“

Fest steht inzwischen, wo genau die Lärmschutzwand errichtet wird. Laut Bürger gab es eine Einigung mit der Wohnungsbaugesellschaft Vonovia. Die Lärmschutzwand soll genau auf der Grundstücksgrenze errichtet werden. Sie steht dann an der engsten Stelle etwa 15 bis 17 Meter von der Ecke eines der Vonovia-Häuser an der Bahnlinie entfernt. Zu den Gleisen besteht ein Abstand von circa sieben Metern.

Die Entscheidung für den Standort auf dem Privatgrundstück und damit etwas weiter entfernt von den Gleisen hat gegenüber dem Bau auf dem Grundstück der Deutschen Bahn einen erheblichen zeitlichen Vorteil. Würde die Wand dort errichtet werden, müsste nämlich eine sogenannte Sperrpause beantragt werden. Das bedeutet, die Baumaßnahme müsste mehrere Jahre vorher angemeldet werden, unter anderem, damit die Bahn Einschränkungen im Verkehr rechtzeitig vorher planen kann. „Die Bahnstrecke ist sehr wichtig und wird viel genutzt, unter anderem fahren dort die Güterzüge nach Bremerhaven“, so Bürger. Arbeiten direkt an den Gleisen hätten daher erhebliche Auswirkungen gehabt und der Bau hätte sich zeitlich noch einmal wesentlich verzögert.

Für den Bau der Lärmschutzwand müssen etwa 30 Bäume gefällt werden. IYm Zuge des Baugenehmigungsverfahrens muss dementsprechend auch geklärt werden, wo Ersatzpflanzungen vorgenommen werden. Die Mehrzahl der betroffenen Bäume, von denen der überwiegende Teil laut Bürger nicht unter die Baumschutzsatzung fällt, sei ohnehin in keinem guten Zustand. „Das kommt daher, weil sie von der Bahn in der Vergangenheit regelmäßig von einer Seite beschnitten worden sind.“ Nicht betroffen von den Fällungen sei eine große Rotbuche auf dem Grundstück der Vonovia. „Der Baum kann stehen bleiben“, sagt Michael Bürger.

Geklärt ist inzwischen auch, dass die Stadt die Unterhaltung der Lärmschutzwand übernehmen wird. Dabei geht es unter anderem um die Wartung, bei der die Standfestigkeit regelmäßig überprüft wird, und um Instandhaltungsarbeiten. Auf die Planungsphase folgt die öffentliche Ausschreibung. Läuft alles gut, steht die Wand bis Ende 2021, so Bürger. Die reine Bauzeit wird etwa ein viertel Jahr dauern, schätzt der Mitarbeiter der Mobilitätssenatorin. Die Wand wird seinen Angaben nach etwa viereinhalb bis fünf Meter hoch und wie die bereits bestehende Lärmschutzwand an der Bahnstrecke aus schallabsorbierenden Leichtmetallelementen bestehen. Ein durchgehendes Fundament muss nicht gegossen werden. „Es werden lediglich Punktfundamente für die Pfosten gesetzt.“

Sollte die Lücke in der Lärmschutzwand bis Ende 2021 tatsächlich geschlossen werden, wäre das nach Jahren endlich ein Erfolg für die Anwohner und auch den Beirat. Die Strecke war ohne Schallschutz geblieben, als die Bahn im Jahr 2014 eine Lärmschutzwand installiert hatte. Die Bürger kämpften jahrelang für den Lückenschluss, ebenso der Beirat Burglesum. Das Problem war: Aufgrund der Gesetzeslage war die Bahn rechtlich nicht dazu verpflichtet, an dieser Stelle für Ruhe zu sorgen. Denn die Bahn muss nur dann Lärmschutzmaßnahmen für Häuser an Streckenabschnitten finanzieren, wenn diese vor 1974 erbaut wurden. Somit hatten die Anwohner im betroffenen Alwin-Lonke-Quartier in Grambke das Nachsehen, denn der Bebauungsplan für das Wohngebiet war erst 1975 rechtsgültig geworden.

Im November 2018 hatten sich die Koalitionspartner von SPD und Grünen in den Haushaltsgesprächen schließlich darauf geeinigt, 350 000 Euro für den Bau der Lärmschutzwand bereitzustellen. Später hatte sich dann die Möglichkeit ergeben, Geld aus dem kommunalen Investitionsförderprogramm des Bundes einzusetzen. Das Geld, 500 000 Euro, stand also bereits seit längerem zur Verfügung.

Es gab jedoch etliche Details wie den genauen Standort der Wand zu klären. Zunächst gab es die Befürchtung, die Fördermittel könnten nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie bis Ende 2019 nicht abgerufen werden. Die Fördermittel können aber auch 2020 noch eingesetzt werden. Die Tatsache, dass weitere 1,5 Millionen Euro benötigt werden, war bisher nicht bekannt.

Erst vor wenigen Tagen hat der FDP-Ortsverband Burglesum in einer Pressemitteilung erneut gefordert, die Lücke endlich zu schließen.